

Presseinformation

München, 14. April 2026

Paket zur Entlastung bei Energiepreisen LBO begrüßt kurzfristige Entlastung – sieht aber dringenden strukturellen Handlungsbedarf

München. **Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Entlastung bei den Energiekosten sind aus Sicht des Landesverbands Bayerischer Omnibusunternehmen (LBO) ein wichtiger Schritt zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage der Verkehrsunternehmen. Insbesondere die temporäre Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe trägt dazu bei, den aktuell erheblichen Kostendruck infolge geopolitischer Entwicklungen zumindest kurzfristig abzumildern.**

„Die Beschlüsse sind ein wichtiges Signal und helfen, die akuten Belastungen der Unternehmen abzufedern. Gleichzeitig ist aber klar: Diese Maßnahmen können nur ein erster Schritt sein“, erklärt LBO-Präsidentin Isabelle Brodschelm. „Die aktuelle geopolitische Lage zeigt deutlich, wie anfällig unser System gegenüber externen Einflüssen ist. Deshalb müssen wir jetzt die strukturellen Voraussetzungen schaffen, um den Verkehrssektor insgesamt resilienter aufzustellen.“

Besonders deutlich wird die Problematik im Bereich bestehender Verkehrsverträge. Gerade im öffentlichen Personennahverkehr sowie im Schülerverkehr basieren die Leistungen auf langfristigen Vertragsbindungen. Die ursprünglichen Kalkulationsgrundlagen geraten durch die massiven Kostensteigerungen zunehmend unter Druck. Sollten die Energiekosten dauerhaft auf diesem Niveau verbleiben, drohen Leistungseinschränkungen oder im Extremfall auch Insolvenzen von Verkehrsunternehmen.

Ein zentrales Problem liegt dabei in der nach wie vor häufig anzutreffenden Risikoverteilung: Langfristige Verkehrsleistungen werden vielfach so ausgestaltet, dass das wirtschaftliche Risiko einseitig bei den Verkehrsunternehmen liegt. Umso wichtiger sind funktionierende Preisgleitmechanismen. Instrumente wie Preisgleitklauseln oder der gemeinsam von Aufgabenträgern und von den Verbänden der Verkehrsunternehmen (LBO und VDV) entwickelte Bayern-Index ÖPNV sind essenziell, um volatile Kostenentwicklungen sachgerecht abzubilden und die langfristige Verlässlichkeit von Verkehrsverträgen für beide Seiten sicherzustellen.

Zusätzlichen wirtschaftlichen Druck erzeugt die Einführung des Deutschlandtickets. Das deutschlandweit gültige Monatsticket für den Nahverkehr hat zwar zu einer deutlichen Vereinfachung für die Fahrgäste geführt, geht jedoch für viele Verkehrsunternehmen mit strukturellen Einnahmeverlusten einher.

Insbesondere in Regionen mit bislang höherem Tarifniveau sowie im Schüler- und Ausbildungsverkehr entstehen Mindereinnahmen, die durch die vorgesehenen Ausgleichsmechanismen vielfach nicht vollständig und vor allem nicht dauerhaft verlässlich kompensiert werden.

„Das Deutschlandticket ist verkehrspolitisch richtig, verschärft aber die wirtschaftliche Lage vieler Unternehmen“, erklärt LBO-Präsidentin Isabelle Brodschelm. „Entscheidend ist, dass die zugesagten Ausgleichszahlungen vollständig, dauerhaft und planbar erfolgen. Andernfalls geraten insbesondere eigenwirtschaftliche Verkehre unter Druck.“

Vor allem die Kombination aus weiter steigenden Kosten, wie aktuell bei der Energie, und gleichzeitig politisch begrenzten Einnahmen verschärft die Situation zusätzlich. Ohne eine nachhaltige und auskömmliche Finanzierung drohen mittelfristig Angebotsreduzierungen, insbesondere im ländlichen Raum.

Neben kurzfristigen Entlastungen sieht der LBO insbesondere bei der strukturellen Transformation des Energiesystems dringenden Handlungsbedarf. „Wir erleben innerhalb weniger Jahre bereits zum zweiten Mal einen massiven Preisschock bei fossilen Energieträgern. Wenn wir die Antriebswende jetzt nicht konsequent vorantreiben, ist das wirtschaftlich und energiepolitisch grob fahrlässig“, betont LBO-Geschäftsführer Stephan Rabl.

Die technologischen Möglichkeiten sowie die Verfügbarkeit alternativer Antriebe im öffentlichen Personenverkehr sind bereits heute weit entwickelt. „Die Antriebswende ist nicht nur klimapolitisch notwendig, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll“, so Brodschelm weiter. „Wer unabhängiger von fossilen Energieträgern wird, reduziert gleichzeitig seine Anfälligkeit gegenüber geopolitischen Risiken. Dafür brauchen unsere Unternehmen jedoch verlässliche Rahmenbedingungen und echte Planungssicherheit.“

Ein weiterer Punkt, der aus Sicht des LBO einer Klärung bedarf, ist die Preisentwicklung bei alternativen Kraftstoffen wie HVO. Dass sich deren Preise aktuell weitgehend parallel zu fossilen Kraftstoffen entwickeln, wirft Fragen hinsichtlich der zugrunde liegenden Marktmechanismen auf. „Wenn sich Preise unabhängig von den tatsächlichen Kostenstrukturen parallel entwickeln, ist das zumindest erklärungsbedürftig. Hier braucht es mehr Transparenz in der Preisbildung“, so Rabl abschließend.